

Wirtschaftsverbände: Kanton soll 300 Stellen streichen

Die **Aargauische Industrie- und Handelskammer**, der Aargauische Gewerbeverband, der Hauseigentümerverband Aargau und die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft fordern eine Sanierung des Staatshaushalts durch Einsparungen. «In der Zentralverwaltung sollen 300 Stellen abgebaut werden, nachdem in den letzten Jahren über 800 neue Stellen geschaffen wurden», schreiben die Verbände. Hauptverursacher dieses Wachstums seien der Justizapparat, die soziale Wohlfahrt, das Bildungs- und Gesundheitswesen. Massnahmen, die zu zusätzlichen Einnahmen für den Kanton führen, lehnen die Verbände strikte ab. Damit könne das strukturelle Defizit nicht reduziert werden. Stattdessen soll laut den Wirtschaftsverbänden die Staatsquote, also der Anteil der kantonalen Ausgaben an der wirtschaftlichen Gesamtleistung, gesenkt werden. «Die Staatsquote ist von 10,4 Prozent bis 2019 auf 9,6 Prozent zu reduzieren», fordern sie. In den letzten Jahren seien die Staatsausgaben jährlich um 4 Prozent gestiegen – mehr als doppelt so stark wie die Wirtschaft mit knapp 2 Prozent. (fh)